

NEWSLETTER

August, 3/2014

Liebe Freund_innen,
so umfangreich war der KuB-Newsletter noch nie! Nach den Berichten aus den Fachgruppen und den (Termin-)Hinweisen finden sich diesmal gleich drei Artikel: Ein Mitarbeiter berichtet von der Reise in den Iran, die er im Frühjahr für die *Hörbücherei für Persisch sprechende Blinde* unternahm ([S. 4](#)). Häufig kommen so genannte „Dublin-Fälle“ zu uns in die Beratung. Was hat es damit auf sich ([S. 6](#))? Besonders beschäftigt haben uns die Ereignisse um die Kreuzberger Gerhart-Hauptmann-Schule, wo die KuB seit April mit einem Beratungsprojekt präsent ist ([S. 7](#)).

// Auf der diesjährigen **Nation of Gondwana**, einem Festival für elektronische Tanzmusik vor den Toren Berlins, wurden die Besucher_innen aufgefordert: „Flüchtlinge unterstützen: **Spende dein Müllpfand** für die Hilfsorganisation KuB aus Berlin!“ Hunderte steckten die fünf Euro in unsere Kasse, was uns unheimlich gefreut hat. Wir danken den vielen Spender_innen und den fleißigen Helfer_innen der *Nation*!

Im Juli hat die Fachgruppe IT/Technik zum ersten Mal ein **PC-Help-Treffen** veranstaltet. Dabei wird Klient_innen und Deutschkursteil-

nehmer_innen bei Computerproblemen geholfen. Außerdem erhalten die Teilnehmer_innen die Möglichkeit, sich zu bestimmten Themen weiterzubilden, beziehungsweise die ersten Schritte in der digitalen Welt zu erlernen. Die PC-Help-Treffen finden regelmäßig alle zwei Monate statt.



17.7 ++ 18.9. ++ 20.11 ++ @ 7PM
++ DO YOU NEED HELP WITH YOUR COMPUTER? ++
++ BRAUCHST DU HILFE MIT DEINEM COMPUTER? ++

++ VON DEN ERSTEN SCHRITTEN BIS ZUR FORTGESCHRITTENEN
INSTALLATION ++ FROM FIRST STEPS TO ADVANCED SET UPS ++

EMAIL ACCOUNT SET UP ++ ANTI VIRUS ++ HARD- &
SOFTWARE PROBLEMS ++ PC SECURITY ++
BACKUPS ++ ENCRYPTION ++ OFFICE-
SOFTWARE ++ UPGRADES ++
LINUX ++ WINDOWS ++
MAC ++

PC HELP +++ PC HILFE

IT-GRUPPE KUB BERLIN
ORANIENSTR. 159, 10969 BERLIN
WWW.KUB-BERLIN.ORG

KONTAKT- UND BERATUNGSSTELLE FÜR FLÜCHTLINGE UND MIGRANT_INNEN E.V.

// Bei den **Deutschkursen** neigt sich das Sommersemester dem Ende entgegen. Trotz des zwischenzeitlich sehr heißen Wetters waren die Kurse gut besucht. Neben dem üblichen Betrieb fanden dieses Semester mehrere **Ausflüge** statt,

auf denen sich Lehrer_innen und Teilnehmer_innen außerhalb der KuB austauschen konnten und nebenbei noch Berlins grüne Seite entdeckten: Ende April ging es zum Beispiel für einen Frühlingsspaziergang zum Teufelsberg in Charlottenburg. Nach einer Wanderung um den See wurde auf dem Berg gepicknickt.

Im Mai wurden die **Gärten der Welt** in Marzahn erkundet und im Juni fand eine Wanderung entlang des Müggelsees statt, um schließlich bei einer Rast auf dem Müggelturm die schöne Aussicht zu genießen.



Ausflug an den Müggelsee

Foto: Isaumir Nascimento

Anfang August erfreuten sich die Gäste des Sommerfestes im Heilehaus neben dem guten Wetter an toller Musik und leckerem Essen. Ein weiteres Highlight war der **Kick out Racism Cup**, für den einige Teilnehmer_innen der Deutschkurse ein Team aufstellten.

Die **Anmeldung** für die Deutschkurse ist jeden ersten Mittwoch im Monat ab 15.30 Uhr.

Wer einen Kurs (mit-)leiten, Ausflüge organisieren oder die Anmeldung neuer Schüler_innen (mit-)verwalten möchte, schreibe bitte der Fachgruppe Deutschkurse (kontakt@kub-berlin.org). Sie freut sich über **Interessierte!**

// **Vokü heißt jetzt Küfa:** Küche für alle. Die findet weiter jeden dritten Mittwoch im Monat zugunsten der KuB in der B-Lage in Neukölln statt (siehe Termine).

Im Mai feierten wir zu diesmal etwas härteren, punkigen und metallischen Klängen eine **Soliparty** im Tommy-Weisbecker-Haus. Die nächste erwartet uns am **26. September**. Wie bei einem kleineren Festival soll es schon am Nachmittag losgehen. Für Dezember ist als Jahresabschluss ein etwas größerer Event geplant: ein Hiphopabend mit angesagten Künstler_innen.

Die sonntäglichen Cafénachmittage in der Wagenburg Lohmühle sind dagegen für dieses Jahr leider schon wieder vorüber.

// Die Fachgruppe Kunstprojekte bietet seit Beginn dieses Jahres ein **kunsttherapeutisches Projekt für Kinder** in einer Flüchtlingsunterkunft in Köpenick an. Das Angebot richtet sich speziell an solche Kinder, die nach Einschätzung der Eltern und der Sozialarbeiter_innen vor Ort aufgrund von traumatisierenden Erfahrungen besondere Aufmerksamkeit brauchen.

Zwei Mitarbeiter_innen der KuB arbeiten wöchentlich mit einer Gruppe von sechs bis acht Kindern im Alter von fünf bis neun Jahren. Ziel des Angebots ist es, über das künstlerische Schaffen **Raum für Phantasie** und Kreativität zu kreieren. In vertrauter Atmosphäre und auf nonverbalem Weg können die Kinder ihren Gedanken und Gefühlen Ausdruck verleihen.

Dabei müssen die Mitarbeiter_innen immer wieder feststellen, dass auch die Kunst nicht verhindert, dass die Gruppe schnell wieder auf den Boden der Tatsachen gebracht wird. Nachdem sie in den ersten zwei Monaten langsam eine kleine, vertraute Gruppe aufgebaut hatten, wurden innerhalb von wenigen Wochen ohne Vorankündigung **drei Kinder abgeschoben**. Ein Mädchen musste in ein anderes Wohnheim ziehen und ein Junge zog mit seiner Familie endlich in eine eigene Wohnung.

Diese Geschehnisse bringen viel Unsicherheit in die Gruppe. Neue Kinder kommen dazu, orientieren sich, testen Grenzen aus und bauen nur langsam Vertrauen auf. Umso wichtiger ist es, über **wiederkehrende Rituale** während der Zusammenkunft einen Rahmen und Rhythmus zu schaffen, den die Kinder überschauen, begreifen und in dem sie sich wohl fühlen können. Neben anfänglichen Aufwärmübungen, gibt es einen roten Koffer, in dem sich die Arbeitsmaterialien befinden. Auf diesen stürzen sich die Kinder mit großer Neugierde.



Der Fokus liegt darauf, die Kinder in ihren unterschiedlichsten **Ausdrucksformen zu stimulieren** und zu bestätigen. So kommt es vor, dass bei einer Aufwärmübung aus den von Kindern eingebrachten Schnalz- und Summgeräuschen ein gemeinsames „Mantra“ entsteht. Beim Malen mit Kreiden bauen die Kinder schon mal aus Wachsblöcken Türme oder zerreißen zum Spannungsabbau Papier. Sobald die Kinder begreifen, dass ihnen ein solcher **Gestaltungsfreiraum** zur Verfügung steht, fassen sie langsam Vertrauen zur Gruppe, werden ruhiger und ihre Konzentrationsspanne erweitert sich. Bilder entstehen und hier und da erzählen die Kinder auch Geschichten zu ihren Werken und teilen diese mit den anderen. Im September werden manche dieser **Bilder** in Kreuzberg **ausgestellt** (siehe Termine).

// **Hinweise:**

Das Bürokratendeutsch von Behördenformularen stellt eine große Hürde für Flüchtlinge und Migrant_innen dar. Ein Projekt der KuB schafft **durch Übersetzungen Abhilfe**. Dafür sammeln wir weiter per **Crowdfunding** das nötige Geld:

<http://www.betterplace.org/de/projects/16145-formulare-verstehbar-machen-ein-ubersetzungsprojekt>

Die Finanzierung der KuB steht trotz unserer anerkannt wichtigen Arbeit weiterhin auf tönernen Füßen. Wir freuen uns deshalb über kleinere und größere **Spenden** auf folgendes Konto:

GLS-Bank
IBAN: DE70430609671150405202
BIC: GENODEM1GLS

Auf unserer Webseite gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, [direkt online](#) zu spenden.

Wer uns fortlaufend unterstützen möchte, kann **Fördermitglied** werden. Bitte hierzu einfach anrufen, eine E-Mail schreiben oder auf unserer Homepage die [Beitrittserklärung](#) herunterladen und an die KuB schicken.

// **Termine:**

- # Anmeldung für die Deutschkurse: erster Mittwoch im Monat ab 15.30 Uhr.
- # 17. September Juni/22. Oktober/19. November: Küche für alle der KuB in der B-Lage (Mareschstr. 1), jeweils am dritten Mittwoch im Monat

- # 19. September, ab 17 Uhr: Ausstellung „Geschichten und Gekritzelt – aus Geschichten entstehen Bilder“, die in der Alten Feuerwehrwache (Axel-Springer-Str. 40/41, Eingang über Oranienstr.) Werke von geflüchteten Kindern zeigt.
- # 26. September: KuB-Soliparty im Tommy Weisbecker Haus (Wilhelmstr. 9), bitte auf Ankündigung achten

> Der **Newsletter** kann über die Homepage der KuB abonniert werden. Bei Feedback und Fragen: a.froidevaux@web.de

Hörbücherei – KuB-Mitarbeiter reist in den Iran

Ein Projekt der KuB ist die [Hörbücherei für Persisch sprechende Blinde](#). Ihre Sammlung wird durch Bestellungen aus dem Iran, vor allem aber durch die Sprachaufnahme neuer Bücher stetig erweitert. Die Hörbücherei nutzen blinde Iraner_innen und Afghan_innen. KuB-Mitarbeiter **Ali Tinaye-Tehrani** berichtet von seiner Frühjahrsreise in den Iran.

Am 6. März 2014 habe ich mich in Teheran mit Fariba Nouri getroffen, einer ebenfalls blinden Kollegin, um an einem Vernetzungstreffen von iranischen Kulturvereinen und Organisationen für Blinde teilzunehmen. Meine Kollegin sorgt vor Ort dafür, dass alles für unser Projekt organisiert wird. Neben Vertreter_innen der Blindenvereine waren Studierende und Lehrer_innen anwesend, außerdem Journalist_innen, die im Anschluss Berichte über das Treffen auf Hompages für Blinde veröffentlicht haben. Ziel

war es, unsere Zusammenarbeit zu koordinieren.

Nach der Vorstellungsrunde haben wir unter anderem darüber diskutiert, wie unsere Projektpartner im Iran Vorschläge für neue Hörbücher an uns herantragen können. Unser Kontakt läuft vor allem über Skype. So können wir täglich miteinander kommunizieren. Wenn ich ein Buch bekommen soll, das unsere Partner aufgenommen haben, legen sie es mir in unsere Dropbox. Sie können die Hörbücher wiederum über unsere Homepage herunterladen. Wir haben uns erfolgreich darüber ausgetauscht, welche Hörbücher wir gerade aufsprechen. So können wir verhindern, dass wir Hörbücher zweimal aufnehmen.



Treffen in Teheran

Die Anwesenden haben uns außerdem darüber informiert, welche neuen Hörbücher sie sich wünschen. Vor allem Studierende waren sehr daran interessiert, dass wir Bücher aufneh-

men, weil es bei den anderen Organisationen sehr bürokratisch vor sich geht.

Ich habe den Vertreter_innen des Kulturvereins zwei MP3-Player angeboten, die sie in Eigenregie benutzen können. Weitere habe ich auf späteren Treffen an andere Personen verteilt, was ich auch weiterhin tun werde. Teilweise bekam ich auch ihre Adressen, um die Geräte per Post zu schicken. Bei Personen, die wir nicht kennen, benötigen wir dazu jeweils eine Kopie des Schwerbehindertenausweises.

Die MP3-Player sind deshalb so besonders, weil das Geräte sind, die mit einer Sprachausgabe bedient werden können. Die Software ist größtenteils unser eigenes Produkt. Sie funktioniert durch eine Kombination von *RokBox*, einem Plug-in, mit bestimmten Stimm- und Sprachprogrammen. Entwickelt hat es ein blinder Iraner in Berlin.

Auch Vertreter_innen einer Firma namens Pactus waren anwesend. Sie haben es sich zum Ziel gesetzt, MP3-Player in persischer Sprache zu programmieren, und haben uns eines ihrer Programme vorgestellt.

Weiterhin haben wir auch über unsere neueste Idee berichtet: ein Hörmagazin. Es soll dazu dienen, eine reibungslose Kommunikation zwischen Persisch sprechenden Blinden im Iran und in anderen Ländern zu ermöglichen. Dieses Hörmagazin wird ausschließlich von Blinden für Blinde gestaltet und behandelt blindenspezi-

fische Themen. Darin stellen wir die neueste Technik aus Europa und den USA vor. In jeder Ausgabe präsentieren wir ein neues Gerät und erklären seine Funktionsweise. Außerdem berichten wir über unsere neuesten Hörbücher.

Insgesamt war die Reise ein Erfolg. Die Kommunikation ist gut gelaufen, und im Großen und Ganzen war es doch etwas Neues, ein solches Treffen abzuhalten.

Dublin III

Die Berater_innen in der KuB sind tagtäglich mit so genannten „Dublin-Fällen“ konfrontiert. Was hat es damit auf sich?

Christian Bitto

Im Dublin-Verfahren wird festgestellt, welcher europäische Staat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Die Dublin-Verordnung gilt für alle EU-Staaten, Island, Norwegen und für die Schweiz. Die Zuständigkeit richtet sich grundsätzlich danach, welches dieser Länder der oder die Geflüchtete zuerst betreten hat. Die Beweisführung erfolgt regelmäßig durch Fingerabdrücke, die den Geflüchteten abgenommen werden, wenn sie aufgegriffen werden oder einen Asylantrag stellen. Die Fingerabdrücke werden in der europäischen Sammeldatei Eurodac gespeichert. Ergibt sich beim Abgleich der Fingerabdrücke ein „Eurodac-Treffer“, ordnen die Behörden die Zurückschiebung

des oder der Geflüchteten in den zuständigen Staat an. Dabei müssen die zuständigen Stellen bestimmte Fristen einhalten.

Seit dem 1.1.2014 ist die Dublin-III-Verordnung unmittelbar anzuwenden. Die Neufassung dieser Verordnung legt für das Wiederaufnahmeverfahren erstmals Fristen fest. Ein Wiederaufnahmeverfahren wird dann eingeleitet, wenn der oder die Geflüchtete bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt hat. Wegen der neuen Fristen hierfür arbeitete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zahlreiche Altfälle bis Ende März 2014 ab. Nur so konnten die betroffenen Geflüchteten noch in andere EU-Länder abgeschoben werden.

Die Bedingungen für Geflüchtete sind in der EU jedoch höchst unterschiedlich, und zwar sowohl was Verfahrensstandards als auch was die Versorgungssituation anbelangt. Beispielsweise herrschen in Italien, Bulgarien, Ungarn, Griechenland sowie auf Malta und Zypern katastrophale, menschenunwürdige Zustände. Das ist mittlerweile auch einer breiten Öffentlichkeit in Deutschland bekannt. In diesen Ländern werden Geflüchtete sich selbst überlassen und leben als Obdachlose auf der Straße oder sie werden willkürlich festgenommen und inhaftiert.

Einige Verwaltungsgerichte erkennen diese Problematik bereits an und stoppen Dublin-Abschiebungen, vor allem wenn es sich um besonders schutzbedürftige Flüchtlinge handelt.

Zu diesen Gerichten gehören jedoch nicht die Verwaltungsgerichte in Berlin und Brandenburg, welche diese Realitäten ausblenden. Daher gestaltet sich auch die Beratung dieser Dublin-Fälle als besonders schwierig. Unter „normalen“ Umständen können wir Berater_innen hier keine Lösungsvorschläge präsentieren. Manche Rechtsanwält_innen nehmen sich der Fälle nur noch ungern an, da sie diese bei der gegenwärtigen Rechtsprechung von vornherein als aussichtslos erachten.

Die Dublin-Verordnung und die Zurückweisungen können die Geflüchteten jedoch nicht davon abhalten, nach Deutschland weiterzureisen und hier einen Asylantrag zu stellen. Der Leidensdruck und die Hoffnungslosigkeit sind einfach zu groß.

KuBidOS -

KuB in der Ohlauer Schule

Im April 2014 startete die KuB ein Beratungsprojekt in der von Flüchtlingsaktivist_innen besetzten Kreuzberger Gerhart-Hauptmann-Schule (KuBidOS). Nach dem desaströsen Räumungsversuch im Juli steht die KuB vor neuen Herausforderungen. Eine Chronik.

Lea Höppner, Janina Rost

Als das KuB-Projekt in der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule im April losging, sollte das so genannte *Social Center* als Anlaufpunkt für

Bewohner_innen der Schule und als Treffpunkt für Anwohner_innen dienen. Viermal pro Woche bot der Verein *Joliba* vormittags eine Sozialberatung an, welche die KuB nachmittags durch eine Rechtsberatung in unterschiedlichen Sprachen ergänzte. Seit längerer Zeit schon organisierten unabhängige Supporter_innen zudem Deutsch- und Englischkurse.

Die KuB richtete einen Infopoint ein, wo Bewohner_innen und Neuankömmlinge Informationen zu Berliner Beratungs- und Unterstützungsstellen erhielten. Einmal monatlich hatten die Bewohner_innen die Möglichkeit, sich von Mitarbeiter_innen des *Arbeitskreises undokumentierte Arbeit* über Rechte und Ansprüche in illegalisierten Arbeitsverhältnissen beraten zu lassen. Durch das *Social Center* sollten außerdem bestehende Strukturen in der Schule wie Koch- und Kunstprojekte gestärkt werden.

Die Räumung des Protestcamps auf dem Oranienplatz am 8. April überschattete jedoch den Projektbeginn. Die Zerstörung des Oranienplatzes als Symbol der Protestbewegung hatte gravierende Auswirkungen auf die Atmosphäre in der Schule. Geflüchtete, die ihr provisorisches Zuhause am Oranienplatz verlassen mussten, suchten Zuflucht in der ohnehin schon überfüllten Schule.

Einzelne Bewohner_innen befürworteten die mit dem Senat getroffene Vereinbarung. Dies führte zu Verwirrung unter allen Beteiligten

und schürte die Angst um die Zukunft der Schule. Mit entsprechenden Fragen kamen die Bewohner_innen in die Beratung und zum Infopoint. Die KuB-Mitarbeiter_innen konnten darauf jedoch keine Antworten geben, da sie niemand über die Vereinbarung und deren Details informiert hatte.

Nur wenige Wochen später erschütterte ein tragischer Vorfall die Schule. Eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei Bewohnern – wohl über die Benutzung der einzigen Dusche – endete mit dem Tod von einem der beiden. Anwar Rabouli starb am 25. April im Alter von 31 Jahren. Ein Mitglied der marokkanischen Gemeinde in Kreuzberg, Mohamed Lahrima, unterstützte die Freund_innen des Verstorbenen intensiv bei der Organisation einer Trauerzeremonie.

Lahrima war außerdem maßgeblich daran beteiligt, die Familie von Anwar in Marokko ausfindig zu machen, was fast einen Monat dauerte. Nach dem tragischen Vorfall sagte er zu den Hintergründen und Verhältnissen, unter denen Geflüchtete nach Europa kommen und in der besetzten Schule leben: „Die Menschen kommen nicht nach Deutschland um zu sterben oder zu töten.“

Der Todesfall stellte einen Wendepunkt dar. Die Mitarbeiter_innen von *Joliba* entschieden sich, das *Social Center* zu verlassen und ihre Arbeit in ihren eigenen Räumlichkeiten am

Görlitzer Park fortzusetzen. Die Diakonie untersagte ihren Mitarbeiter_innen aus arbeitschutzrechtlichen Gründen die Weiterarbeit in der Schule. Wenige Tage nach dem Todesfall kündigte der Bezirk nach einer Sondersitzung die Räumung („freiwilliger Umzug“) der Schule an.

Die Geflüchteten werden hin- und hergeschickt

Zu dieser Zeit gab es Informationen, dass sich die Geflüchteten vom Oranienplatz und aus der Schule beim Senat registrieren lassen konnten. Diese Registrierung sollte dazu führen, dass diese Menschen Teil des so genannten „O-Platz-Agreements“ würden. Der Bezirk forderte die Bewohner_innen dazu auf, sich an unterschiedlichen Stellen in der ganzen Stadt in Listen einzutragen. Über einen Zeitraum von drei Wochen kursierten unterschiedlichste Informationen über Zeitpunkte und Adressen, wo die Bewohner_innen zur Registrierung erscheinen sollten.

Doch nur wenige waren damit erfolgreich. An den genannten Orten wurden die Geflüchteten fortgeschickt, auf das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) verwiesen, wo sie Asyl beantragen sollten, sie wurden getröstet und nur in seltensten Fällen wirklich „registriert“. Nach langem Hin-und-Her erklärte der Senat, nicht zuständig für die Bewohner_innen

der Schule zu sein. Die Zuständigkeit läge beim Bezirk.

Die Stimmung in der Schule war angespannt und die Meinungen unter den Bewohner_innen gingen weit auseinander. Die meisten waren sich darin einig, sich nicht von der Politik spalten lassen zu wollen. Gleichzeitig hatten nicht wenige das Bedürfnis, ihre konkrete Lebenssituation zu verändern, und dachten darüber nach, sich der Vereinbarung anzuschließen. Andere positionierten sich gegen jedes Angebot, das eine Räumung der Schule mit einschloss. Sie forderten stattdessen, die Bedingungen in der Schule zu verbessern, zum Beispiel durch den Einbau von Duschen und die Renovierung der vorhandenen Sanitäranlagen.

Einzelne Erfahrungen von Geflüchteten, die Teil des O-Platz-Agreements waren, zeigten, dass sich ihre Situation nicht wie versprochen verbessert hatte. Bei einer Pressekonferenz Mitte Mai äußerten verschiedene Bewohner_innen und Supportgruppen ihren Unmut über die angedrohte Räumung und die unzureichende Informationspolitik des Bezirks.

Die Aktivist_innen organisierten mehrere Demos. Bewohner_innen der Schule besetzten kurzzeitig ein weiteres Gebäude in Kreuzberg. Gleichzeitig prangerten Geflüchtete aus ganz Europa beim *March for Freedom* von Straßburg nach Brüssel das europäische Asylsystem an.

Versuchte Räumung der Schule

Trotz der Protestaktionen kam der grüne Bezirksbaustadtrat Hans Panhoff am 20. Juni in die Schule und kündigte den baldigen „freiwilligen Umzug“ der Bewohner_innen an, ohne jedoch ein genaues Datum zu nennen. Er machte deutlich, dass die Schule notfalls auch gewaltsam geräumt würde.

Nur vier Tage später betraten um 10 Uhr einige Polizist_innen das Schulgelände. Kurze Zeit später riegelte die Polizei die gesamte Schule weiträumig ab. Niemand wurde mehr hineingelassen. Vertreter_innen des Bezirks forderten die Bewohner_innen mündlich und durch ein Informationsblatt auf, die Schule zu verlassen.

Nach und nach leisteten die meisten Bewohner_innen dem Folge. Sie wurden registriert und mit Bussen in Wohnheime in Charlottenburg und Spandau gefahren, die Roma-Familien nach Hohengatow. Die übrigen Geflüchteten zogen sich auf das Dach der Schule zurück. Manche drohten, im Falle einer Räumung von diesem herunterzuspringen. Sie forderten ein Bleiberecht für die verbliebenen etwa 40 Bewohner_innen.

Zehn Tage lang dauerte die Polizeibelagerung des Kiezes rund um die Schule, wodurch auf die Bewohner_innen ein massiver psychischer Druck ausgeübt wurde. Am 2. Juli unterschrieben sie eine Kompromissvereinbarung

mit dem Bezirk, um die unmittelbar bevorstehende polizeiliche Räumung zu verhindern. Dieser Kompromiss beinhaltet unter anderem, dass die Bewohner_innen in der Schule bleiben können. Die Schule soll weiter ein selbstorganisiertes Refugee-Center sein. Der Bezirk machte den Geflüchteten die Zusage, sich dafür einzusetzen, dass ihre Asylverfahren nach Berlin umverteilt werden.

Die aktuelle Situation

Nach der Räumung hat der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg das *Social Center* geschlossen. Dieses ist seitdem weder für die jetzigen, noch für die ehemaligen Bewohner_innen der Schule oder externe Supportgruppen zugänglich. Damit wurden bestehende Strukturen zerstört und die Projekte mussten sich außerhalb der Schule neu organisieren.

So finden die Deutschkurse, die eine Gruppe Ehrenamtlicher unter dem Namen *Break Isolation* über anderthalb Jahre in der Schule angeboten hatte, mittlerweile in neuen Unterkünften in Charlottenburg und Spandau statt. Der Verein *Give Something Back To Berlin* (GTBTB) versucht, seine Englischkurse in den Asylbewerberheimen und im Umfeld der Schule zu etablieren. Außerdem sind die ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen von GTBTB auf der Suche nach Räumlichkeiten für ihre Computerkurse. Der *Medical Support Ohlauer School* (MSOS)

bietet neuerdings einmal pro Woche eine offene Sprechstunde in Privaträumen nahe der Schule an.

Die Roma-Supportgruppe konnte inzwischen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Roma erreichen, dass die Familien, die am Tag der Räumung in eine Unterkunft in Hohengattow gebracht worden waren, nun in zwei Kreuzberger Wohnheimen leben. Die Supportgruppe steht weiter sowohl mit diesen Familien in Kontakt als auch mit jenen, die dazu gezwungen sind, in privaten Autos oder im Park zu übernachten. Sie unterstützt die Roma bei Problemen des Alltags.

Das Beratungsprojekt der KuB ist finanziert durch Mittel aus dem Programm *Lokales Soziales Kapital*, das sich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Berlin speist. Die KuB führt es in ihren Räumlichkeiten weiter. Geflüchtete erhalten hier Beratung in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen. Für arbeitsrechtliche Fragen steht ein Jurist bereit. Ein weiteres, vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband finanziertes Projekt läuft ebenfalls außerhalb der Schule weiter. Die Mitarbeiter_innen organisieren die Vernetzung der oben genannten Gruppen, koordinieren Anfragen an die Gruppen und die Bewohner_innen der Schule und unterstützen das arbeitsrechtliche Beratungsprojekt. Dabei können sie lediglich Grundlagen schaffen, um auf ehrenamtli-

cher Basis weiterzuarbeiten, da das Projekt zum 30. September 2014 ausläuft.

Wie so häufig zeigt auch dieses Projekt der KuB, dass das deutsche und europäische Asylsystem der Absicht, Geflüchtete durch Sozialarbeit und Beratung zu unterstützen, enge Grenzen setzt. In den letzten Tagen (Ende August) wurden Geflüchtete, die sich dem „O-Platz-Agreement“ angeschlossen hatten, aus ihren Unterkünften geworfen. Das macht den Protestierenden nochmals deutlich, dass der Berliner Senat mit dieser Vereinbarung einzig bezweckte, den Refugeeprotest unschädlich und unsichtbar zu machen. Jetzt wird auch für eine breite Öffentlichkeit erkennbar, was der Normalzustand der deutschen Asylpolitik ist und üblicherweise für die meisten unbemerkt bleibt: „wohlwollende“ Prüfungen der Asylanträge bleiben aus, die Geflüchteten werden abgeschoben oder in Illegalität und Obdachlosigkeit gedrängt.

Eine sinnvolle Beratung von Betroffenen des Agreements ist unter diesen Umständen nicht möglich. Klar ist, dass nur eine politische Lösung für alle eine Perspektive auf Verbesserung der Lebensverhältnisse der Einzelnen mit sich bringen kann – und dass der zähe Kampf gegen das europäische Asylsystem weiter gehen muss.